

Ausschuss: **Demokratie und Beteiligung**

Vorschlag: **Einbeziehung der Bürger in politische Entscheidungsprozesse**

Abschnitt: Kernaussage

Aktuelle Fassung des Abschnitts:

Wir fordern umfassende Information der Bürger vor politischen Entscheidungen und Respekt vor dem Bürgerwillen seitens der Politik und dass w...

 [weiterlesen.....zuklappen](#) 

Mein Kommentar: Ehrliche Politik, umfassende Information, Achtung des Bürgerwillens

24.03.2011 | 00:39 | Offen

Demokratie und Bürgerbeteiligung sind untrennbar verbunden!

Ist echte Bürgerbeteiligung eigentlich gewollt?

Bürgermeinung interessiert doch oft nur vor Wahlen und in Krisensituationen, bei denen auch die politische Elite betroffen ist.

Solange der Mensch „so ist - wie er ist“, sollte ein gesundes Misstrauen gegenüber den Politikern immer vorhanden sein.

Mit wachsendem Einfluss, politischer Macht und finanziellem Wohlstand gehen leider viele Tugenden verloren.

Zahlreiche (gut bezahlte) Nebentätigkeiten, Vorstands- und Aufsichtsratsposten sorgen dafür, dass unsere „Volksvertreter“ nicht mehr unabhängig entscheiden können, sondern die Interessen Ihrer „Klientel“ vertreten.

Debatten um 5 Euro mehr für Hartz 4 – dauern Monate.

Milliardenschwere Bürgschaften für Länder, die mit Krediten „deutscher Banken“ „deutsche U-Boote“ gekauft haben, werden da wesentlich schneller vergeben.

Und die Lobby bedankt sich – Beispiele gibt es genug (Schröder, Fischer, Althaus usw.).

Zur Durchsetzung dieser Interessen ist es in der Regel nötig, Informationen, Wissen und Planungen der Öffentlichkeit vorzuenthalten bzw. nur stückweise oder verfälscht weiterzugeben.

Schon Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg sagte:

"Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen."

Wenn Bürger heute mit einer Entscheidung der Politik nicht einverstanden sind, heißt es:

„Man hat es nicht verstanden, die Bürger zu überzeugen“ (Manipulation).

Dieses Verhalten bedeutet eine Geringschätzung des Bürgers, ist mit Demokratie nicht vereinbar, führt zur Politikverdrossenheit und Wahlverweigerung.

Bundespräsident, Bundeskanzler und Bundesminister werden bei Amtsantritt vereidigt.

Die Eidesformel Art. 56 (und Art. 64) GG lautet:

„Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben

werde. (So wahr mir Gott helfe.)“

Bürgermeister und Beigeordnete werden ebenfalls bei Amtsantritt vereidigt, Ratsmitglieder durch Handschlag auf die Gemeindeordnung verpflichtet.

Erst wenn **alle** unsere Volksvertreter vereidigt werden, eidesgemäß zum Wohl des Volkes handeln, dies durch unabhängige Gremien konsequent kontrolliert wird und Verstöße nach Recht und Gesetz geahndet werden, wird echte Demokratie und Bürgerbeteiligung möglich.

Dass der betreffende Personenkreis selbst dafür sorgen wird ist nicht zu erwarten, da es um die eigenen Vorteile geht.

Der Bürger hat nur wenige demokratische Möglichkeiten, diese Zustände zu ändern (Wahl, Petitionen, Bürgerentscheid, Volksbegehren) - man sollte sie nutzen.

Ich hoffe, das Bürgerforum entwickelt sich zu einer weiteren Chance.

Anmerkung

29.03.2011 | 12:19:34

PRO Hallo Herr ***** , Danke für den sehr interessanten Link. Diese Aussagen gelten auch jetzt und in Zukunft. Als Techniker bin ich "Min/Max"-Betrachtungen gewöhnt: 100% Beschäftigung = alle Menschen haben eine Aufgabe und verdienen Geld, um annehmbar leben zu können. Dies passt nicht in das Leitbild des Kapitalismus. (Anmerkung: Ich habe 40 Jahre im "Sozialismus gelebt -der zwar auch keiner war- aber nie das geglaubt, was man uns erzählt hat - jetzt hatte ich 20 Jahre Zeit, dies bestätigt zu finden.) Solange für den Unternehmer der Mensch mit allen seinen Fehlern (Krankheit, Ausfallzeiten wegen der Kinder, erforderliche Sozialabgaben, Versicherungsbeiträge usw.) nur ein Mittel zum Zweck (Geldverdienen) ist, wird er bestrebt sein, die Fertigung so zu automatisieren, dass er mit möglichst wenig "Mitarbeitern" auskommt. Ziel: 100% Automatisierung =0% Beschäftigung. Wer kein Geld verdient kann auch nichts kaufen. Wovon sollen all die Menschen leben? Vom Sozialstaat? Solange bei einem Arbeitnehmer jeder Euro "zwangsversteuert" wird, es für die Elite jedoch die verschiedensten Möglichkeiten gibt, Geld am Staat vorbei ins Ausland zu bringen oder mit Billigung des Staates über Schulden-Abschreibungsmodelle und -prämiert mit zusätzlichen Fördermitteln- in die eigene Tasche zu stecken, wird das Geld des Staates keinesfalls ausreichen, um alle ernähren zu können. Kann es das Ziel sein, die ganze Bevölkerung zu Hartz IV-Empfängern zu machen? Nein! Es gibt viel zu tun in diesem Staat. Eigentlich ist es die Aufgabe der von uns gewählten Volksvertreter - entsprechend ihres Eides auf das Grundgesetz- "alles zum Wohle des Volkes zu tun" und durch entsprechende Gesetze Unrecht zu verhindern und Gerechtigkeit durchzusetzen. Tun sie das? Oder vertreten sie Eigen- und Lobby-Interessen. Im Moment herrscht Chaos in der Politik. Durch innere Probleme und weltweite Ereignisse sind unsere Politiker ziemlich hilflos und haben Angst. Angst vor der Wahrheit, Angst vor Entscheidungen, Angst vor echter Demokratie. Haben wir eine Möglichkeit zur Einflussnahme? In dieser "hilflosen Phase" eigentlich mehr als sonst (Wahl, Stuttgart 21, Petitionen, Volksbegehren). Im Gegensatz zu der im Moment herrschenden "chaotischen Politik" sollten unsere Ziele gut durchdacht und langfristig geplant sein, um auch späteren Generationen ein lebenswertes Leben zu ermöglichen. Ich bin mir bewusst, dass alle unsere Beiträge ausgewertet werden. In einer echten Demokratie hat das nur positive Konsequenzen (siehe dazu Beitrag v.Herrn *****).

Anmerkung

29.03.2011 | 13:03:45

PRO Hallo Herr ***** Sie sprechen mir aus dem Herzen. Was ist Demokratie? Gibt es echte Demokratie in unserem Land? Wurden wir wirklich über entscheidende Probleme informiert? Wurden wir bei der Entscheidungsfindung beteiligt? Nein! -Man hat uns nicht gefragt, ob wir den Euro wollen. -Deutschland ist eines der wenigen Länder, in denen das Volk nicht zum EU-Reformvertrag befragt wurde. -Wir haben keinen Einfluß auf Waffenlieferungen und Militäreinsätze. -Wir können nicht entscheiden, ob mit Steuerzahlergeld leichtsinnige EU-Staaten und Banken unterstützt werden, deren Manager trotz skandalöser Fehlspekulationen hohe Boni ausgezahlt bekommen. Auch das Bürgerforum kann nur zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung führen, wenn die Politiker dies wollen! Nur eine "Selbstreinigung" der Politik, hin zu mehr Ehrlichkeit, Offenheit, vertrauensbildenden Maßnahmen und Beteiligung an wichtigen Entscheidungen kann die zunehmende Politikverdrossenheit der Bevölkerung aufhalten und macht Demokratie möglich.

Kommentar

Neue Verfassung durch Volksentscheid gemäß Artikel 146 Grundgesetz

17.04.2011 | 23:59 | Offen

Die Formulierung als Konzentrat der Forumdiskussionen ist gut, auch die Empfehlung, den Bundespräsidenten als Garant für die Realisierung der Vorschläge zu wählen.

Neufassung des Grundgesetzes durch Volksentscheid

Ein neue -durch Volksentscheid legitimierte Verfassung- bietet die beste Möglichkeit, den hier im Bürgerforum diskutierten Problemen einen gesetzlichen Rahmen zu geben, aktuelle Probleme und zukünftige Entwicklungen zu berücksichtigen.

Gemäß Artikel 146 GG ist dies möglich und mehr als 20 Jahre nach dem „Anschluss“ der DDR an die BRD -bei dem leider versäumt wurde, aus beiden Gesellschaftsordnungen das Beste zu übernehmen- längst überfällig:

Artikel 146 GG:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Umfassende Information und Beteiligung des Volkes bei politischen Entscheidungen sind die Grundlage für eine funktionierende Demokratie.

Im aktuellen Grundgesetz ist bereits vieles geregelt, für das wir hier noch eine Lösung suchen - es muss nur durchgesetzt werden.

<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>

Dies scheint nicht zu gelingen, sonst gäbe es kein Bürgerforum und nicht die lebhaften Diskussionen.

Kartellamt, Petitionsausschuss, parlamentarisches Kontrollgremium und -Untersuchungsausschüsse, Bundesverfassungsgericht sind wirksame Instrumente, können aber nur die „Spitze des Eisberges“ an Lobbyismus, Korruption und national / international tätigen „Wirtschafts- und Finanzverbrechern“ kontrollieren.

Noch ist die Wahl das wirksamste Mittel für die Beteiligung des Volkes bei der Gestaltung der Politik des Staates. Leider haben wir diese Möglichkeit nur alle paar Jahre.

Eine besondere Rolle spielt deshalb Artikel 20 GG:

"(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Bei einer Neufassung unseres Grundgesetzes sollte durch absolut rechtssichere, unzweideutige Formulierung gewährleistet werden:

- die Beteiligung des Volkes bei der Gestaltung der Verfassung
- der Volksentscheid als demokratische Beteiligungsform
- die Möglichkeit einer Verfassungsänderung durch Volksentscheid
- umfassende, wahrheitsgemäße Information des Volkes (mit festzulegenden Ausnahmen)
- die Beteiligung der Bevölkerung bei politischen Entscheidungen
- eine Kontrollmöglichkeit der Parlamentarier, Staatsdienste und Behörden durch das Volk, um verfassungsgemäßes Verhalten entsprechend des geleisteten Amtes zu überwachen zu können.

Dazu sind die Befugnisse des „Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG)“ – das direkt dem Bundespräsidenten unterstellt ist- zu erweitern.

Die Wahl der Mitglieder dieses PKG erfolgt durch das Volk (nicht die Parlamentarier) aus den Reihen des Bundestages.

- Nebentätigkeiten für Abgeordnete sind generell genehmigungspflichtig.

Sie sind durch das PKG nur zu genehmigen, wenn sie nicht in den Verantwortungsbereich des Abgeordneten fallen, hierdurch die Arbeitsfähigkeit nicht eingeschränkt wird und politische, wirtschaftliche, finanzielle und ethische Entscheidungen nicht beeinflusst werden. Verstöße sind strafrechtlich zu verfolgen.

- Alle Abgeordnetenbezüge, Diäten und Aufwandsentschädigungen sind offenzulegen.

Grundlage für Erhöhungen ist die Lohnentwicklung der Wähler.

- usw.

Anmerkung von **** | 18.04.2011 | 22:38:41

PRO Fraktionszwang gibt es per Gesetz nicht, sondern ist -einfach so, wegen Feigheit des Einzelnen seine Meinung zu sagen- zur Praxis geworden.

Der gewählte Parlamentarier ist seinen Wählern verpflichtet - sonst niemandem.

Er ist gewählt worden für sein Wahlprogramm und seine Wahlversprechen - und dazu sollte er stehen.

Auszug aus Grundgesetz

„Fraktionszwang

Art 38GG

(1) Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Dieser Artikel sagt nichts über einen Fraktionszwang bei Abstimmungen aus.

Parlamentarier werden gewählt, um die Meinung ihrer Wähler zu vertreten, nicht ihre eigene, die oft durch Fraktionszwang oder Lobbyinteressen beeinflusst ist.

Ein Gewissen haben leider nicht alle.

Namentliche Abstimmung führt sicher zu einem verantwortungsvolleren Verhalten.“

 Sehr richtig, Frau *****.

Im Grundgesetz Artikel 20 steht:

"(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Parlamentarier sind gewählt, um die Meinung ihrer Wähler zu vertreten, nicht ihre eigene, die oft durch Fraktionszwang oder Lobbyinteressen beeinflusst ist. Namentliche Abstimmung führt sicher zu verantwortungsvollerem Verhalten bei der Abstimmung. Im Grundgesetz ist übrigens schon vieles geregelt, für das wir hier noch eine Lösung suchen - es muss nur durchgesetzt werden.
<http://www.gesetze-im-internet.de/bundesrecht/gg/gesamt.pdf>

Artikel 146 GG ist mehr als 20 Jahre nach dem "Anschluss" der ehemaligen DDR an die BRD noch immer nicht realisiert:

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

Eine neue -durch Volksentscheid legitimierte Verfassung- bietet die beste Möglichkeit, vielen der hier im Bürgerforum diskutierten Problemen einen gesetzlichen Rahmen zu geben, aktuelle Probleme zu berücksichtigen und zu erwartende zukünftige Probleme zu entschärfen. Die Beteiligung aller Schichten der Bürger deutscher Nationalität bei der Gestaltung dieser Verfassung stellt für mich die höchste Form der Demokratie dar.